

# Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 12. März 2011

## KOLUMNE

### Ohne Umkehr werden Millionen Menschen enteignet

Nach den närrischen Wochen, die in diesem Jahr vorwiegend außerhalb des klassischen Karnevals stattgefunden haben, sollte im Land inzwischen wieder Nüchternheit eingekehrt sein. Mit Beginn der Fastenzeit wären Innehalten, Selbstvergewisserung und auf der politischen Bühne auch ein Aufruf zur Umkehr angesagt.

Gelegenheiten dazu gäbe es viele: Wenn Sie diesen Text lesen, haben die 27 europäischen Regierungschefs in Brüssel bereits den „Pakt für den Euro“ auf den letzten Bearbeitungsweg gebracht, der beim regulären Gipfel Ende März dann definitiv verabschiedet werden soll. Ist die deutsche Kanzlerin hart geblieben mit der ihr von den Berliner Regierungsfractionen vorgegebenen „Roten Linien“?

Oder droht die zentrale Forderung auf Grund des europäischen Drucks auf Deutschland doch in letzter Minute aufgegeben zu werden? Die Schulden bankrotter Euro-Staaten, nicht nur Griechenlands, dürfen weder direkt noch indirekt auf andere Euro-Länder verlagert werden. Auch Schuldenankaufprogramme der Europäischen Zentralbank oder des Euro-Rettungsschirms zählen zu dieser Verbotsklausel. Vor allem darf der dauerhafte Euro-Krisenmechanismus nur im äußersten Notfall zur Anwendung kommen und nicht präventiv. Voraussetzung für seine Aktivierung soll eine einstimmige Entscheidung im Rat der Staats- und Regierungschefs sein. Damit könnte er nicht gegen das Votum Deutschlands in Kraft gesetzt werden.

Die Sorge um die langfristige Geldwertstabilität unserer Währung sitzt gerade im konservativ-bürgerlichen Lager sehr tief. Die Opposition im Deutschen Bundestag fällt in dieser Frage fast komplett aus, weil sie noch mehr Geld für die europäische Solidarität einfordert, statt die Gefahren eines „Euro-Fasses ohne Boden“ zu sehen. Deshalb werden allein Angela Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble bei diesem Thema hoffentlich glaubwürdig Flagge zeigen. Am 27. März wählt das bürgerliche Stammland Baden-Württemberg!

Eine andere Gelegenheit zur Umkehr bietet eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-

Westfalen, die kommenden Dienstag in Münster verkündet wird. Die Richter werden über die schier unglaubliche Verschuldungspolitik der rot-grünen Minderheitsregierung in Düsseldorf befinden. Nach der für die klagenden Oppositionsfractionen positiven Entscheidung im Eilverfahren werden die Richter der Politik voraussichtlich einige Leitsätze ins finanzpolitische Stammbuch schreiben, die Sozialdemokraten und Grüne zur dringend notwendigen Einsparpolitik zwingen. Selbst Neuwahlen im größten deutschen

Bundesland könnten die Folge einer richterlichen Abfuhr für die Regierung von Hannelore Kraft sein.

Mit schier unglaublicher Chuzpe nennen Sozialdemokraten und Grüne ihre Schuldenpolitik „alternativlos“, die im Zeitraum der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung rund

30 Milliarden Euro neue Kredite aufnehmen will – zusätzlich zu den bereits vorhandenen 132 Milliarden Euro. Die nordrhein-westfälische Landesregierung schert sich in keinster Weise um die Schuldengrenze des Grundgesetzes, die alle Bundesländer zwingt, spätestens ab 2020 ohne jede neue Kreditaufnahme auszukommen. Eine richterlich erzwungene Umkehr wäre nicht nur ein Segen für dieses Bundesland, sondern auch für den bundesdeutschen Finanzausgleich. Denn die Fortsetzung der in Düsseldorf von Rot und Grün gestarteten Verschuldungsorgie würde unweigerlich dazu führen, dass Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland zum Nehmerland im Länderfinanzausgleich wird.

Ein politischer Fastenprediger hätte alle Wahlkämpfer zur Ordnung zu rufen, die derzeit in Sachsen-Anhalt, in Rheinland-Pfalz oder in Baden-Württemberg mit wohlfeilen neuen sozialen Leistungsversprechungen unterwegs sind. Die einen bieten kostenfreie Kita-Plätze, die anderen kostenfreie Schülerbeförderung. Es soll mehr Geld für Infrastruktur geben, für Bildung natürlich und auch für die Polizei. Vom Sparen ist so gut wie nie die Rede.

Doch es ist die Zeit der Umkehr: Denn wenn wir uns in unseren Ansprüchen an den Staat nicht endlich beschränken, dann ernten wir schon mittelfristig Inflation. Und Inflation ist die brutalste Form der massenhaften Enteignung von Abermillionen Menschen.



Oswald Metzger  
**Einspruch!**